



**Editorial 4**

**Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG**

Zu Hause ist es am schönsten \_\_\_\_\_ 5  
 Dinah Radtke kritisiert unhaltbare Zustände für Beatmete \_\_\_\_\_ 6  
 Kritik an IPReG-Anhörung: Völlig unpassender Zeitraum \_\_\_\_\_ 7  
 Anhörung zum Intensivpflegegesetz abgesagt \_\_\_\_\_ 8  
 Gesetzentwurf mit neuen Regeln für die Intensivpflege \_\_\_\_\_ 9  
 Offener Brief - Keine Zwangshospitalisierungen Unschuldiger in Institutionen \_\_\_\_\_ 9  
 Reform der Intensivpflege nachbessern \_\_\_\_\_ 14

**Persönliche Assistenz**

Meine Assistenz wird volljährig \_\_\_\_\_ 15  
 Ausgeklatscht? \_\_\_\_\_ 15  
 Immer und immer wieder das anteilige SGB-XII-Pflegegeld \_\_\_\_\_ 16  
 Anspruch auf das Pauschale Pflegegeld (SGB XII) \_\_\_\_\_ 16

**05. Mai - Aktionstag der Menschen mit Behinderungen**

Der Machtmissbrauch vieler Kostenträger \_\_\_\_\_ 18  
 Das war der Protesttag 2020 \_\_\_\_\_ 19  
 Brauchen wir eine Behindertenbewegung 3.0? \_\_\_\_\_ 20

**Nachrufe**

Trauer um Matthias Vernaldi \_\_\_\_\_ 22  
 Große Betroffenheit nach dem Tod von Matthias Vernaldi \_\_\_\_\_ 22  
 Christian Papadopoulos gestorben \_\_\_\_\_ 23  
 Bianka Becker: Streiterin für Persönliche Assistenz gestorben \_\_\_\_\_ 24  
 Bye Bye Corina Zolle \_\_\_\_\_ 25

**kobinet-Kolumnen**

Die Empfehlungen der DIVI: Denn sie wissen (nicht), was sie tun! \_\_\_\_\_ 27

**Politik/Aus den Bundesländern**

Petitionsausschuss für Klarheit bei Assistenz im Krankenhaus \_\_\_\_\_ 29  
 Fraktion Die Linke des Bezirkstages Oberbayern stellt kritische Anfragen an Bezirkstagspräsident Mederer \_\_\_\_\_ 30  
 Einigkeit im Petitionsausschuss zur Krankenhausassistenz \_\_\_\_\_ 31

**Coronavirus**

Fragen von Markus Igel in Zeiten des Coronavirus \_ 32  
 Homeschooling: Willkür bei Teilhabe-Assistenz? \_ 32  
 Assistenz im Krankenhaus in Corona-Zeiten \_\_\_\_\_ 33  
 Wie geht's Dr. Adolf Ratzka? \_\_\_\_\_ 34  
 Über Grundrechte verstärkt diskutieren \_\_\_\_\_ 35  
 Was passiert hinter verschlossenen Türen? \_\_\_\_\_ 36  
 Reifeprüfung für Inklusion durch Corona \_\_\_\_\_ 39  
 Jürgen Dusel registriert sinkende Solidarität \_\_\_\_\_ 42

**Recht**

Selbstbestimmt Leben vor selbstbestimmt Sterben \_ 43

**Literaturtipps**

Ratgeber für behinderte Arbeitgeber\*innen und solche, die es werden wollen \_\_\_\_\_ 44  
 Reset - Wie besondere Bedürfnisse das Leben neu starten! \_\_\_\_\_ 44

**ForseA Intern**

Arbeitgeber- und Mobilitätsstammtische \_\_\_\_\_ 45  
 eMail-Adressen \_\_\_\_\_ 45  
 Wir begrüßen als Mitglieder \_\_\_\_\_ 45  
 Post-Adressen \_\_\_\_\_ 45  
 Änderung Ihrer Daten \_\_\_\_\_ 46  
 Bankverbindung bei Beitragseinzug \_\_\_\_\_ 46  
 Impressum \_\_\_\_\_ 46  
 Hier wohnen unsere Mitglieder \_\_\_\_\_ 47  
 Satzung \_\_\_\_\_ 48  
 Beitrittserklärung \_\_\_\_\_ 50

**KURZ und BUNT - Einträge auf FACEBOOK von Gerhard Bartz**

Am 27.05.2020 zur Unions-Forderung zur Kürzung oder Einfrierung des Mindestlohnes \_\_\_\_\_ 17  
 Am 28.04.2020 zu einer umstrittenen Äußerung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble \_\_\_\_\_ 21  
 Am 24.04.2020 zum Tod von Norbert Blüm \_\_\_\_\_ 27  
 Am 30.03.2020 zu Betriebshaftpflicht-Versicherungen für behinderte Arbeitgeber \_\_\_\_\_ 42  
 Am 24.03.2020 zur Dankbarkeit gegenüber Pflegekräften \_\_\_\_\_ 43

Nichts über uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

zuallererst herzlichen Dank dafür, dass Sie unsere Anträge zur Mitgliederversammlung angenommen haben. Einziger Wermutstropfen war, dass 10 Mitglieder gegen die vorübergehende Senkung der Mitgliedsbeiträge stimmten. Sie würden also in Kauf nehmen, dass uns wegen zu hoher Rücklagen die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Das muss man nicht verstehen.

Nun bleibt also abzuwarten, ob das Amtsgericht in Berlin-Charlottenburg die Satzung so absegnet. Aber auch dann gibt es noch keine Gewissheit, dass das Wahlergebnis im nächsten Jahr aufgrund der geänderten Satzung akzeptiert wird. Immerhin gab das Kammergericht Berlin kurz vor Redaktionsschluss des INFORUM einen Hinweis, wonach die vorgenommene Satzungsänderung nun passen müsste. Es bleibt jedoch spannend.

Ehe wir im nächsten Jahr zur Wahl schreiten, sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie

die Wählerinnen und Wähler die Kandidatinnen und Kandidaten besser kennenlernen können. Bei der früheren Wahl mit persönlicher Anwesenheit konnten sich ca. dreißig Mitglieder, darunter der gesamte Vorstand, ein persönliches Bild der Kandidaten machen. Dies wird bei der schriftlichen Mitgliederversammlung durch eine Kurzbiografie ersetzt. Doch Papier ist bekanntlich geduldig. Besser wäre es, wenn die zur Wahl Stehenden Fragen beantworten müssen, die für alle gleich sind. Vielleicht gelingt es auf diese Weise Unterschiede herauszuarbeiten. Was wollen SIE von ihnen wissen? Was sind für SIE die wichtigsten Fragen? Helfen Sie uns, indem Sie an dem Fragenkatalog mitwirken. Vielen Dank dafür!

An der Stelle zum wiederholten Mal die Bitte, bei der Wahl zu kandidieren. Wir brauchen ein breiteres Angebot, damit die Mitglieder eine Wahl haben. Wir brauchen auf jeden Fall auch wieder zwei Mitglieder, die bereit und in der Lage sind, den freiwerdenden Platz des ersten Vorsitzenden zu übernehmen, indem sie sich als stellvertretende Vorsitzende bewerben. Ich bin gerne bereit, noch als Beisitzer im „Abklingbecken“ mitzuwirken und Hilfen zu geben. Aber ich will aus der ersten Reihe raus. Im nächsten Jahr werde ich 70 und da darf man schon so langsam an den Ruhestand denken. Also machen Sie sich Gedanken, sofern sie das passive Wahlrecht im Sinne unserer Satzung besitzen.

Auch wenn Sie schon hofften, dass dieses Vorwort ohne Corona auskommt, muss ich Sie enttäuschen. Corona legte offen, was sich lange Zeit unter dem Teppich angesammelt hat. Endlich bekam das

„Volk“ mit, was sich in den „Heimen“ abspielt. Egal ob Behinderten-Anstalt oder Senioren-„Park“: Die Defizite sind strukturbedingt. Die Preisvorteile für die Gesellschaft, aber auch die Erträge für die Investoren werden auf dem Rücken der Insassen erwirtschaftet. Und dann kommt so ein Virus und schon bricht das austarierte Geschäftsmodell zusammen. Infizierte mussten in ihren Einrichtungen verbleiben, oft wurden sie sogar von ihren Pflegerinnen und Pflegern angesteckt. Die Insassen selbst waren vermutlich in der übergroßen Zahl weder beim Skifahren noch auf den Karnevalsveranstaltungen.

Das Gesundheitswesen musste es hinnehmen, dass die betriebswirtschaftlichen Belange in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Kliniken, die ihre investorenfreundlichen Gewinne zuvor privatisiert haben, rufen nach dem Steuerzahler, da von ihnen verlangt wurde, dass sie Kapazitäten freihalten. Schnell wurden auch Vermutungen laut, dass sich die Patienten nicht mehr in die Kliniken trauten. Damit sollten wohl die Kranken in die Klinik gelockt werden, indem man Ihnen Folgeschäden schilderte, die eintreten, wenn sie die Behandlung noch länger hinauszögern. Das kann ja alles sein. Aber diejenigen, die die Kranken in die Kliniken rufen, verdienen an ihnen. Dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger „dem Markt“ zum Fraß vorgeworfen hat, wurde auf vielerlei Weise deutlich. „Der Markt“ sorgt ausschließlich nur für sich. „Clever“ Geschäftsleute prahlten damit, dass sie alle Masken aufgekauft hatten, die sie bekommen konnten. Anschließend haben sie diese zum zügelfachen Preis abgegeben. Covid-19 machte nicht nur Menschen tot, sondern andere zu Millionären.

Und eben diese Märkte befördern jetzt auch die Unzufriedenheit und die Ungeduld der Bevölkerung. Läden müssen wieder geöffnet werden, damit der Rubel rollt. Schulen und Kitas ebenso, damit die Leute wieder zur Arbeit gehen können und damit zur Wertsteigerung beitragen. Mit dieser „geförderten“ Ungeduld riskiert man eine zweite Infektionswelle, zumal man festgestellt hat, dass Sonne und Wärme nur indirekt die Verbreitung hemmen. Erschwerend kommt dazu, dass sich allerlei Volk einmischt, das auf eigene, zu Teilen perfide Rechnung gegen die Einschränkungen hetzt. Dabei gilt als Faustformel, dass ein Irrtum auf Seiten der Einschränkungsbeurwörter gesellschaftlich verträglicher ist als ein solcher auf Seiten der Gegner.

Ein weiterer Aspekt von Corona verschafft zusätzliche Nachdenklichkeit: Seit Dezember 2011 „läuft“ auf der ForSeA-Homepage ein Zähler, der die Verschwendung

von Steuergeldern durch den hohen Verwaltungsaufwand für die Einkommens- und Vermögenskontrolle mit sich bringt. Seit 2020 wurde die Anrechnung reduziert. Dadurch legt der Staat noch mehr drauf. Der Zähler weist heute die atemberaubende Zahl von über 4150 Millionen Euro aus. So viel ist es unserer Gesellschaft wert, dass Menschen mit gesetzlich zustehendem Bedarf an Nachteilsausgleiche vor der Antragstellung abgeschreckt werden. Hält man dem dagegen, wie viele Milliarden derzeit alleine an Unternehmen ausgereicht werden, könnte man ins Grübeln kommen. Sind es doch oft Unternehmen, die zuvor nichts vom Staat wissen wollten und ihre Einnahmen gar in Steuerparadiesen versteuert haben. Regierungsmitglieder, die Menschen mit Behinderungen noch um die Ohren gehauen haben, ihr Dasein sei in der gewünschten, von der Verfassung gedeckten Form der Gesellschaft nicht zuzumuten, haben über Nacht ein Füllhorn entdeckt,

aus dem die Milliarden nur so sprudeln. Das soll keine Kritik an der Verwendung dieser Milliarden sein. Aber an der Verweigerung unserer Menschenrechte durchaus. Denn es zeigt sich, dass es eben nicht der finanzielle Aspekt ist, der uns diese vermissen lässt. Es geht darum, dass bestehende Strukturen geschützt werden, die von alten, kranken und behinderten Menschen bestens leben. Es wäre schön, wenn die neuen Erkenntnisse nicht dem Vergessen anheimfallen, sobald der Druck durch Corona schwächer wird.

Ihnen wünsche ich, dass Sie dieser kleinen stacheligen Kugel aus dem Weg gehen können, bleiben Sie gesund! Haben Sie einen schönen Sommer ohne Behörden- und Assistenzprobleme!

Freundliche Grüße



Gerhard Bartz, Vorsitzender

**Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG**

**Zu Hause ist es am schönsten**

Ein vorläufiger Kommentar zum Gesetzentwurf zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation

*von Margit Glasow*

Erschienen in den Polio-Nachrichten 2 / 2020 (Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin)

**David Neuenfeld ist schon seit Wochen ausschließlich zu Hause. Und dort will er auch bleiben**



David Neuenfeld mit Lebensgefährtin Irmgard Büchler und seinen Assistentinnen © Stefanie Salzmänn

Nichts über uns ohne uns!

**- zusammen mit seiner Lebensgefährtin Irmgard Büchler und seinem Hund. Das geplante Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation des Gesundheitsministers Jens Spahn lehnt er ab.**

„Zu Hause ist es am schönsten. In einem Pflegeheim hätte ich keine Chance auf Intensivpflege, dort gibt es nicht genügend Ressourcen“, bemerkt der 63-Jährige aus einem Dorf in der Nähe von Eschwege, der rund um die Uhr beatmet werden muss. In den letzten Wochen bewegt er sich aufgrund der Kontaktsperre wegen der Corona-Pandemie fast ausschließlich in seinem Haus oder in seinem Garten. Seine Assistentinnen hat er vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie rechtzeitig mit Masken ausgestattet, die er in der Apotheke gekauft hat. Morgens in aller Frühe, wenn kaum Menschen unterwegs sind, gehen sie mitunter auf den Markt einkaufen. „Natürlich habe ich Angst vor dem Virus“, sagt David Neuenfeld. „Aber nicht mehr so sehr wie früher, denn seit ich regelmäßig Cannabis nehme, hat sich mein Immunsystem gestärkt.“

David Neuenfeld erkrankte im Alter von knapp drei Jahren, im Frühjahr 1960, an Polio. Er gehört zu denjenigen, bei denen die Krankheit extrem schwer verlief - gerettet werden konnte er damals nur, weil er einige Monate in einer Eisernen Lunge verbrachte, die für ihn das Atmen übernahm. Er erholte sich von seiner Erkrankung, schaffte einen Hauptschulabschluss und machte eine Lehre als orthopädischer Schuhmacher. Doch irgendwann macht sich das Post-Polio-Syndrom bei ihm bemerkbar: Dadurch ist er dauererschöpft, hat

Atemnot und Schluckbeschwerden, Muskelschwäche und Schmerzen.

Trotz dieser Einschränkungen möchte er weiterhin zu Hause leben. Über das vom Gesundheitsminister geplante Gesetz ist er deshalb verärgert und sagt: „Jens Spahn soll erst mal 14 Tage an eine Maschine, dann denkt er anders darüber.“ Denn aufgrund dieses neuen Gesetzes befürchten viele Menschen, die beatmet werden müssen, dass sie in Zukunft nur noch dann intensivpflegerische Versorgung in den eigenen vier Wänden oder bei ihren Familien erhalten, wenn die Krankenkasse dieses nach einer Begutachtung des Medizinischen Dienstes positiv entscheidet.

Nach massiven Protesten der Verbände von Menschen mit Behinderungen war das Bundesgesundheitsministerium auch im zweiten Anlauf mit dem Gesetzentwurf zur Intensivpflege gescheitert und wurde am 22. Januar nicht, wie ursprünglich geplant, ins Bundeskabinett eingebracht. Das Menschenrecht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform würde in der jetzigen Fassung nicht realisiert werden, so der Tenor. Und auch die ursprünglich für den 6. Mai angesetzte Anhörung des Bundestagsausschusses für Gesundheit zum umstrittenen Gesetzesentwurf wurde nun abgesagt, wie auf der Homepage des Bundestages ersichtlich ist.

Der Deutsche Behindertenrat und andere Selbstvertretungsorganisationen fordern zudem, dass auch in Zeiten der Corona-Pandemie Fristen und Beteiligungsstandards eingehalten werden müssen, damit sie in angemessener Zeit auf den Gesetzentwurf reagieren können. Außerdem sei es wichtig, dass für dieses Gesetz, dass die Lebens-

situation vieler Menschen betrifft, die Öffentlichkeit für die Betroffenen gewahrt werden kann. „Die Corona-Krise darf nicht dazu missbraucht werden, höchst umstrittene Gesetzesvorhaben, die aus unserer Sicht verfassungsrechtlich bedenklich sind, im Schnellverfahren und ohne die vorgesehene Beteiligung umzusetzen“, so der Deutsche Behindertenrat in einer aktuellen Pressemitteilung.

Die Polio-Nachrichten werden über den weiteren Verlauf berichten.

## **Dinah Radtke kritisiert unhaltbare Zustände für Beatmete**

**kobinet-nachrichten  
am 20. März 2020  
von Ottmar Miles-Paul**



Dinah Radtke © Rolf Barthel

Menschen, die beatmet werden, machen sich derzeit nicht nur Sorgen wegen des Coronavirus, sondern auch wegen dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung von

intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz – GKV - IPREG). Dieser soll noch vor der Sommerpause vom Bundestag beschlossen werden. Dinah Radtke vom Erlanger Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter (ZsL) schildert in ihrem Kommentar, warum es wichtig ist, die Selbstbestimmung beatmeter Menschen zu stärken und auch in Beatmungs-WGs genau hinzuschauen.

**Kommentar von Dinah Radtke**

Ein junger Mann mit Muskeldystrophie Duchenne wohnt schon seit Jahren in einer Wohngemeinschaft. Er ist 24 Stunden beatmet und hat kürzlich seinen Pflegedienst gekündigt, weil der Pflegedienst sehr lange gebraucht hat, zu ihm zu kommen, wenn er ihn mit seinem Babyphone gerufen hat und er große Angst hatte, dass sie in Notfällen nicht rechtzeitig kommen. Außerdem finde ich es eine Zumutung, dass er nur ein Babyphone zur Verfügung hat, um Hilfe zu holen und nicht ein zuverlässigeres technisches Gerät.

Er hat jetzt einen neuen Pflegedienst, der „nur vier“ andere Patienten in dem Haus mit den WGs hat, aber auch dieser braucht relativ lange, wenn er gerufen wird. Der Arzt hat eine eins zu eins Betreuung verschrieben, aber die Krankenkasse zahlt nicht, das Sozialamt ist zwar in Vorleistung gegangen, klagt aber gegen die Krankenkasse.

Ich finde das sind unhaltbare und lebensgefährliche Zustände für die Bewohner und Bewohnerinnen von so genannten Beatmungswohngemeinschaften. Es kann nicht sein, dass unser Gesundheitsminister be-

hauptet, dass in Beatmungswohngemeinschaften die Versorgung für Menschen mit Beatmung sichergestellt ist. Man müsste mal überprüfen, wie hoch der Pflegeschlüssel für Beatmungswohngemeinschaften sein muss und wie hoch er tatsächlich ist. Auf jeden Fall müssen wir weiter gegen das neue IPREG protestieren.

**Kritik an IPReG-Anhörung: Völlig unpassender Zeitraum**

**kobinet-nachrichten  
am 07. April 2020  
von Ottmar Miles-Paul**



Daumen runter  
© Gerd Altmann pixelio.de

Nach Ansicht der Deutschen interdisziplinären Gesellschaft für außerklinische Beatmung (DIGAB) hätte angesichts der derzeitigen Herausforderungen in der Corona-Pandemie der Zeitpunkt für die Anhörung des Bundestagsausschusses für Gesundheit am 6. Mai zum „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpfle-

ge- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV-IPReG)“ nicht unpassender gewählt werden können. Die Verbände sollen bis 22. April ihre Stellungnahmen einreichen.

Die DIGAB wurde von Erwin Rüdell als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesundheit zur öffentlichen Anhörung am 6. Mai zum GKV-IPReG nach Berlin eingeladen. Eine Stellungnahme kann bis spätestens 22. April 2020 eingereicht werden. DIGAB-Präsident Dr. Martin Bachmann ist einesteils erfreut, dass die DIGAB von der Fachpolitik wieder in den Entscheidungsprozess einbezogen wird, andererseits könnte seiner Meinung nach, der Zeitpunkt nicht unpassender sein.

„Angesichts der höchsten Herausforderungen durch die Corona-Pandemie bleibt mir und den anderen Vorstandsmitgliedern keine freie Minute, um eine weitere fundierte Stellungnahme auszuarbeiten. Jeder von uns, sei es in den Kliniken, sei es in der außerklinischen Intensivpflege, der Hilfsmittelversorgung oder an anderer Stelle ist voll eingebunden, und dies dürfte noch über absehbare Zeit so weitergehen“, erklärte Dr. Martin Bachmann in einer Presseinformation des Verbandes. Außerklinisch beatmete Menschen hätten einen besonders hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege und sie seien bei der großen Mehrheit der Anbieter außerklinischer Intensivpflege in besten Händen. Diese Strukturen hätten sich bewährt und seien angesichts der Corona-Pandemie sehr wichtig, um die Kliniken zu entlasten. Sie bräuchten jetzt ganz besondere Unterstützung, weil eine Infektion mit dem Corona-Virus für sie katastrophale Folgen hätte.

Nichts über uns ohne uns!

Wie Dr. Janina Jänsch, Geschäftsführerin beim Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) erklärte, „befinden sich Menschen mit Intensivpflegebedarf und ihre Familien aufgrund der Corona-Pandemie derzeit im absoluten Ausnahmezustand. Sie kämpfen darum, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel sowie die täglich benötigten Hilfsmittel wie Filter, Schläuche, Kanülen etc. zu erhalten, um die Versorgung ihrer Angehörigen zu gewährleisten und jegliche Ansteckung an der lebensgefährlichen Erkrankung COVID-19 zu verhindern.“ Die DIGAB schließt sich der Forderung des Verbandes an, jetzt Rücksicht zu nehmen und „das Gesetzgebungsverfahren solange auszusetzen, bis sich die Lage zur Corona-Pandemie entspannt hat“. Vielmehr müsse es jetzt darum gehen, die derzeitige Situation von Menschen mit Intensivpflegebedarf deutlich zu verbessern. Konkret heiße das:

- Pflegedienste und die Familien der Betroffenen benötigen ausreichend Schutzmaterial wie Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel.

- Sie benötigen weiterhin wichtige Heilbehandlungen, d.h. auch die Heilmittelerbringer müssen entsprechend ausgestattet werden, damit sie Betroffene und ihre Familien vor einer Ansteckung schützen können.

- Das IPReG, das wichtige positive Veränderungen enthält, muss an den strittigen Punkten im Interesse der Betroffenen und deren Recht auf ein selbstbestimmtes Leben deutlich verbessert werden.

Wenn sich die Situation im Zuge der Corona-Pandemie entspannt habe, sei die Deutsche interdisziplinäre Gesellschaft für außerklinische Beatmung gerne bereit, das

Gesetzgebungsverfahren weiterhin konstruktiv zu begleiten. Vielmehr sei es in der derzeitigen Situation immens wichtig, den außerklinischen Bereich, so wie er aktuell gut funktioniere, zu unterstützen, da dieser eine wesentliche Rolle in der Bewältigung der „Corona-Krise“ spiele und spielen werde, gerade wenn die betroffenen Patienten nach schwerster Erkrankung aus der Intensivmedizin entlassen und weiterbetreut werden müssen. Eine Tatsache, die offensichtlich noch viel zu selten in Betracht gezogen werde, heißt es vonseiten der DIGAB.

## Anhörung zum Intensivpflegegesetz abgesagt

kobinet-nachrichten  
am 21. April 2020  
von Ottmar Miles-Paul



Ausrufezeichen © ForseA

Eine Reihe von Verbänden hatten es gefordert, nun hat der Deutsche Bundestag anscheinend Einsicht gezeigt. Die ursprünglich für den 6. Mai angesetzte Anhörung des Bundestagsausschusses für Gesundheit zum äußerst umstrittenen „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV-IPReG)“ wurde nun abgesagt, wie auf

der Homepage des Bundestages ersichtlich ist.

„Die Anhörung verschiebt sich aufgrund der aktuellen Situation auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Sobald ein neuer Termin festgesetzt wurde, wird dieser hier aufgezeigt. Ihre bisher eingegangenen Anmeldungen als Zuhörer bleiben für den neuen Termin bestehen. Wir bitten um Absage, sollten Sie an dem neuen Termin nicht teilnehmen können“, heißt es auf der Internetseite des Deutschen Bundestages zu geplanten Anhörungen des Ausschusses für Gesundheit.

Die Deutsche interdisziplinäre Gesellschaft für außerklinische Beatmung (DIGAB) hätte vor kurzem angesichts der derzeitigen Herausforderungen in der Corona-Pandemie den Zeitpunkt für die Anhörung des Bundestagsausschusses für Gesundheit am 6. Mai erklärt, dass dieser Zeitpunkt nicht unpassender gewählt werden konnte. Auch die kurze Frist zur Stellungnahme der Verbände bis 22. April wurde scharf kritisiert.

Link zum kobinet-Bericht vom 07. April 2020 über die Kritik an der Anhörung: <https://tinyurl.com/y9dejt57>

Die Betroffenen, die gegen die mit diesem Gesetz geplanten Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts intensivbeatmeter Menschen kämpfen blicken nach Informationen von [beatmet.leben.de](http://beatmet.leben.de) mittlerweile auf 34 Wochen Protest gegen diese Pläne. Auf Transparenten auf deren Internetseite heißt es aktuell: „34 Wochen Protest! #NoRISG #NoIPReG Wir geben nicht auf! Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! IPReG ist nicht vom Bundestisch ... Wir kämpfen